

Bürgermeister*innen-Plattform pro Notstandshilfe

Sehr geehrte/r Bürgermeister/in _____!

In Ihrem Amt sind sie so nah an den Bürger*innen, wie wenig andere Politiker*innen.

Als Netzwerk Sozialer Unternehmen wenden wir uns zu einem wichtigen Thema an Sie:

Unter dem Begriff „**Arbeitslosengeld neu**“ plant die Bundesregierung die Zusammenführung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe. Das bedeutet de facto die Abschaffung der Notstandshilfe. In Kombination mit dem Umbau des sozialen Auffangnetzes der Mindestsicherung in eine gedeckelte Sozialhilfe, wird die **Armutsbekämpfung deutlich erschwert!** Auch **in Ihrer Gemeinde** gibt es Bezieher*innen der Notstandshilfe, die davon betroffen sein werden. Beiliegend finden Sie die aktuellen Daten für Ihre Gemeinde.

Was alle diese Menschen gemeinsam haben ist, dass sie ihre **Beiträge zur Arbeitslosenversicherung geleistet** und in dieses System eingezahlt haben. Sie vertrauen diesem bewährten System, das sie im Falle von Arbeitslosigkeit auffängt und ihre Existenz sichert. Jede/r von uns kann arbeitslos werden - aufgrund von Firmenschließungen, Krankheit, Schicksalsschlägen, ... **Arbeitslosigkeit ist längst kein Randphänomen mehr!** Bei rund einer Million Zugängen in die Arbeitslosigkeit pro Jahr kann die Abschaffung der Notstandshilfe früher oder später jede/n von uns treffen!

Ohnehin bereits benachteiligte Menschen, wie etwa **Menschen mit Behinderung**, mit **geringer Schulbildung** und **Frauen** wären von der Abschaffung der Notstandshilfe besonders betroffen und auf die Fürsorgeleistung der Sozialhilfe angewiesen!

Werden die Regierungspläne umgesetzt, wird auch das **Budget der Länder und Gemeinden** besonders betroffen sein. Denn während die Notstandshilfe aus Bundesmitteln (Arbeitslosenversicherung) bestritten wird, sind für die **Dotierung der Sozialhilfe** (vormals bedarfsorientierte Mindestsicherung) **Länder und Gemeinden** zuständig. Der Bund saniert damit praktisch sein Budget auf Kosten der Länder und Gemeinden und nimmt Ihnen als Bürgermeister*in gleichzeitig - durch die Vorgabe von Obergrenzen - auch einen Teil Ihrer Autonomie! Wie Sie wissen, haben viele Gemeinden bereits jetzt mit äußerst angespannten Budgets zu kämpfen – mit dem „Arbeitslosengeld neu“ stellen die Zusatzkosten weitere große Herausforderungen dar.

Die drohende Veränderung des bisherigen Systems sorgt für große Verunsicherung. Wir befürchten gravierende Einschnitte!

Um das zu verhindern ersuchen wir Sie um Ihre Unterstützung!

Wir möchten Sie dafür gewinnen, sich in der überparteilichen „Bürgermeister*innen-Plattform pro Notstandshilfe“ zu engagieren!

- **Setzen Sie sich öffentlich und in Gremien für die Beibehaltung der Notstandshilfe ein!**
- **Gewinnen Sie Kolleg*innen für diese Initiative!**
- **Geben Sie der Initiative ein Gesicht** – senden Sie ein **kurzes Statement plus Foto** an office@arbeitplus.at, das wir gerne auf unserer Website www.sosnotstandshilfe.at veröffentlichen und somit Ihr Engagement für eine **faire Neugestaltung sozialer Auffangnetze** öffentlichkeitswirksam präsentieren!
- Organisieren Sie eine Info-Veranstaltung (Filmabend, Diskussion, Info-Tisch, o.ä.) in Ihrer Gemeinde – wir unterstützen Sie dabei!

Wir verbleiben mit freundlichen Grüßen, stehen für Ihre Rückfragen gerne zur Verfügung und freuen uns, wenn Sie Teil der Initiative für mehr soziale Gerechtigkeit werden!